

Der Grenzboote.

Der Grenzboote erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags und Feiertagen folgenden Tages und kostet vierteljährlich, vorausbezahlt, 1 Mk. 20 Pfg. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von den Aussträgern des Blattes, sowie von allen Kaiserl. Postanstalten und Postboten angenommen.

Tageblatt und Anzeiger

für

Adorf und das obere Vogtland

Inserate von hier und aus dem Verbreitungsbezirk werden mit 10 Pfg., von auswärts mit 15 Pfg. die 4mal gespaltene Grundzelle oder deren Raum berechnet und bis Mittags 12 Uhr für den nächstfolgenden Tag erbeten.

Reclamen die Zeile 20 Pfg.

Verantwortlicher Redacteur, Drucker und Verleger: Otto Meyer in Adorf.

Fernsprecher Nr. 14.

Sierzu Sonntags die illustr. Gratisbeilage „Der Zeitpiegel“.

Fernsprecher Nr. 14.

N^o 41.

Dienstag, den 20. Februar 1906

Jahrg. 71

Deutscher Reichstag.

46. Sitzung vom 17. Februar 1 Uhr. Am Bundesratsstisch: Graf Posadowsky, Dr. Hoch. Der Reichstag setzte nach debattelofer Erledigung des Entwurfs über die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 und 20 Mark die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern bei Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ fort. Beim Titel Gehalt des Präsidenten fragt Abg. Hue (Soz.) an, welche Maßregeln zur Bekämpfung der Genickstarre ergriffen worden seien, und ob das bakteriologische Institut in Gelsenkirchen auf den Reichsetat übernommen werden könne. Abg. Schmidt-Immenstadt (Ztr.) verbreitet sich über die Verarbeitung von Milch zu Käse aus. Abg. Dr. Paasche (nl.) nimmt die Gewerbe-Inspektoren in Schutz. Abg. Dahlen (Ztr.) bittet um Vorlegung einer Novelle zum Bleigehalt. Abg. Dr. Wolff (wtsch. Vgg.) wünscht Auskunft über Vorlagen, die den Essigverkehr im Deutschen Reich einheitlich regeln. Abg. Dr. Fröhlich (dtsh. Ksp.) spricht sich gegen Impfwang aus. Staatssekretär Graf Posadowsky führt aus, über den Essigsäureverkehr gehen die Auffassungen der verbündeten Regierung auseinander. Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wtschl. Vgg.) führt aus, die Wissenschaft wird fortschreiten und Impfgegner und Impffreunde zusammenführen. Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Brumm stellt eine Denkschrift über die Wurmkrankheit in Aussicht.

Politische Rundschau.

Der Alkoholverbrauch in Deutschland. Nach der neuesten amtlichen Feststellung betrug pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland der jährl. Verbrauch von Wein 5,82 Liter, Bier 123,4 Liter und Branntwein 8,52 Liter. Die jährliche Ausgabe für alkoholische Getränke betrug 2826 Millionen Mark. Zieht man in Rechnung, daß jener Gesamtaufwand von 2826 Millionen Mk. in der Hauptsache von den männlichen Einwohnern im Alter von mehr als 15 Jahren aufgebraucht und verbraucht wird, so ergibt sich für jeden erwachsenen Mann eine jährliche Ausgabe für alkoholische Getränke von etwa 150 Mark. Selbst wenn man noch einen Teil abzieht, der auf die Konjunktion durch das weibliche Geschlecht ausfällt, bleibt die Summe eine ganz außerordentlich hohe. Die enorme Höhe der jährlichen Ausgaben für alkoholische Getränke tritt recht vor Augen, wenn man bedenkt, daß unsere Reichsschuld 2933 Millionen Mark macht, und daß die jährlichen Aufwendungen für Landheer und Marine 858 Millionen die für die gesamte Arbeiterversicherung 889 Millionen Mark und die für die öffentlichen Volksschulen 414 Millionen Mark betragen.

Berlin, 18. Febr. Die Hoffnung ist anscheinend begründet, daß es den Bemühungen der beteiligten Regierungen trotz vieler schwerer Hindernisse im letzten Augenblick geglückt ist, die Gefahr eines vielfach schon als sicher angesehenen deutsch-amerikanischen Zollkrieges vorzubeugen. Daß die zahlreichen Reider und Feinde Deutschlands im Auslande solch eine Verwicklung mit wahren Freuden begrüßt hätten, ist nun ebenso zweifellos, wie die Tatsache, daß es in Deutschland nicht an Personen fehlt, welche eine Störung der amerikanischen Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nicht ungern sehen würden. Allerdings ist es vor der Hand nicht ganz sicher, ob Deutschland bei einem solchen Kampfe gegen die Vereinigten Staaten, welche noch auf lange hinaus auf den möglichst großen Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produktion in erster Linie angewiesen sind, auf die Länge in wirtschaftlicher Hinsicht den kürzeren gezogen hätte; für jeden politisch geschul-

ten Beobachter steht aber fest, daß ein ungünstiger Augenblick für einen solchen Zollkrieg nicht leicht zu wählen gewesen wäre. Die dabei unvermeidliche Erregung der öffentlichen Meinung würde Deutschlands europäischen Gegnern jetzt mehr als je zupass kommen und seine politische Lage unzweifelhaft schwer geschädigt haben. England, Frankreich, Rußland und alle anderen europäischen Staaten haben in diesen Tagen Amerika gegenüber dasselbe Interesse wie das Deutsche Reich. Es wäre eine große Torheit, wollte das letztere auf seine Kosten für andere sich die Finger verbrennen. Wenn jemals, ist wohl in diesem Falle ein magerer Vergleich einem fetten Kampfe vorzuziehen. Eine ähnliche Auffassung scheint allmählich auch in der Marokko-Angelegenheit vorherrschend zu werden. Frankreichs Stellung in dieser Frage hat unzweifelhaft durch das Bekanntwerden der Antriebe französischer Privatleute gegen den völkerrechtlich als souverän anerkannten Sultan, die an die Beteiligung französischer Unternehmungen an den Verschwörungen in Venezuela erinnern, einen Stoß erlitten. Allmählich schwindet überall der Glaube an die Aufrichtigkeit seiner Politik, und damit erfährt seine Stellung in Algerien eine Schwächung, die nicht ohne Folgen bleiben kann. Die Aussicht auf den Sieg der Politik der offenen Tür in Marokko wächst damit. — Wenn nicht alles täuscht, dürften sehr bald übrigens die Verhältnisse in Ostasien die Aufmerksamkeit der Welt überhaupt von Marokko ablenken. Die Erfolge Japans scheinen das Selbstgefühl der Chinesen in ungeahnter Weise belebt zu haben. Ebenso wie sie in sehr geschickter Weise gegen die ungerechte Behandlung, die den Ostasiaten seit langem seitens der Vereinigten Staaten zuteil wird, sich zur Wehr setzen, scheinen sie entschlossen zu sein, sich auch gegen andere Beeinträchtigungen von seiten des Auslandes zu verteidigen. Für England und die Vereinigten Staaten insbesondere erwächst damit möglicherweise eine neue Gefahr von noch unabsehbarer Tragweite.

Ueber das Ergebnis einer Wehrsteuer im Deutschen Reich schreibt die „Tägl. Rundsch.“: Die Schweiz zieht aus ihrer Wehrsteuer bei einer Bevölkerung von rund 3,3 Mill. einen Ertrag von gleichfalls 3,3 Millionen Franken, also einen Franken pro Kopf. Dabei beträgt, wie Hermann Jil in seinem Aufsatz über „die deutsche Wehrsteuerfrage“ in Schanz' Finanzarchiv (1899) mitteilt, die Zahl der Dienstberechtigten zur Gesamtzahl der im wehrpflichtigen Alter stehenden Männer laut Stammkontrollen für die 90er Jahre 50 bis 55 v. H. Diese Verhältnisse stimmen mit den nach den Ergebnissen des Heeresergänzungsgeschäftes etwa überein. Bei gleichen Grundlagen wie in der Schweiz wäre also in Deutschland der beachtenswerte Betrag von rund 50 Millionen Mk. aus der Wehrsteuer zu erzielen.

Ueber die Fleischversorgung der Städte haben im badischen Ministerium des Innern kürzlich Verhandlungen stattgefunden. Ueber den Inhalt der Konferenz wird aus Karlsruhe mitgeteilt: Den Vorsitz führte Geheimrer Oberregierungsrat Nebe, beigezogen waren Vertreter der Landwirtschaft, des Metzgergewerbes und der Schlacht- und Viehhöfe. Zur Frage des direkten Einkaufs von Schlachtvieh beim Landwirt betonte Veterinärarzt Fuchs, der Zwischenhandel sei ein berechtigter Faktor und könne nicht entbehrt werden. Die Innungs-Obermeister Groß-Mannheim und Koch-Heidelberg stimmten ihm bei und versicherten, daß der Zwischenhandel das Vieh nicht verteuere, weil er dem Metzger Zeit und Kosten erspare. In den kleineren Städten, deren Metzger das Vieh direkt beim Landwirt kaufen, seien die Fleischpreise so hoch wie

in den Städten mit Viehhöfen. Als einzig wirksames Mittel gegen die Fleischteuerung empfiehlt Veterinärarzt Fuchs die Zufuhr lebender Schweine aus dem Auslande; sie könne auf Schlachthöfe mit direkter Bahnverbindung beschränkt werden und unter strenger Beobachtung der veterinärpolizeilichen Maßnahmen erfolgen. Die Metzger stimmten ihm bei und gaben der Ansicht Ausdruck, man könne dabei jede Seucheneinschleppung vermeiden. Die Vertreter der Landwirtschaft erklärten, die kleinen und mittleren Bauern hätten kein Interesse daran, daß die Einfuhr verboten werde; es genüge, wenn jeder Gefahr einer Seuchenverschleppung vorgebeugt werde. — Aus diesen Verhandlungen kann man wieder einmal ersehen, wie dort, wo der Bund der Landwirte mit seiner auf den größeren Grundbesitz zugeschnittenen Politik noch nicht ausschlaggebenden Einfluß ausübt, sondern das eigentliche Bauerninteresse unabhängiger zum Wort kommt, durchaus nicht eine so engherzige Agrarpolitik verlangt, vielmehr auch dem Bedürfnis der städtischen Konsumenten Rechnung getragen wird.

Hamburg, 17. Febr. Für den Kaiser ist der Schnelldampfer „Hamburg“ der Amerika-Linie auf 6 Monate gechartert, da die Facht „Hohenzollern“ umgebaut wird.

Kopenhagen, 16. Febr. Als das Linienschiff „Preußen“ mit dem Kaiser an Bord, unter dem Salut der Toris und des norwegischen Kreuzers „Tordenskjöld“ im Freihafen einlief, befand sich der Kaiser, der die Uniform eines dänischen Admirals trug, auf der Schanze. Der Verkehr von Helsingör mit dem Lande ist bei frischem Südwind und Schneetreiben sehr schwierig, ebenso ging die Fahrt von Helsingör nach Kopenhagen bei ganz dickem Wetter vor sich. Die beiden Torpedoboote markierten während der Fahrt die Untiefe. Um halb 4 Uhr trafen die königlichen Herrschaften im Freihafen ein und gingen an Bord des Linienschiffes „Preußen“, wo die Matrosen Paradeaufstellung genommen hatten. König Friedrich trug die Uniform seines preussischen Husaren-Regiments. Ihm folgten König Georg von Griechenland und König Haakon von Norwegen. Dahinter schritten der dänische Kronprinz, die Prinzen Waldemar, Harald und Hans, Prinz Karl von Schweden, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und Prinz Albert von Glücksburg. Der Kaiser begrüßte die Herrschaften am Fallreep, umarmte den König außerordentlich herzlich und küßte ihn dreimal. Die aufgestellten Mannschaften brachten ein dreifaches Hurra aus. Die Musik spielte die dänische Nationalhymne. Nach der Vorstellung des Erfolges begaben sich alle Anwesenden nach dem Speisesaal, wo eine Erfrischung eingenommen wurde. Um 4 Uhr verließen die königlichen Herrschaften das Schiff und begaben sich nach Amalienborg zurück.

Paris, 18. Febr. Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Depesche aus Algerien: Folgendes ist mit voller Genauigkeit der Inhalt der deutschen Note und der darauf ergangenen französischen Antwort: Die am Dienstag übergebene deutsche Note schlägt zunächst vor, die Polizei in den Händen des Sultans zu belassen, der fremde Offiziere wählt, um sie mit der Organisation des Polizeikorps zu beauftragen. Die Note schlägt dann weiter vor, daß die Organisation der Polizei von dem diplomatischen Korps in Tanger überwacht werde und daß ein einer neutralen Macht angehörender Offizier als Mittlerperson für die Ueberwachung dienen solle. Die gestern übergebene französische Antwort erklärt sich damit einverstanden, daß die Organisation der Polizei dem Sultan überlassen werde unter der Bedingung, daß